

Runder Umwelt-Tisch Essen (RUTE), Dr. Dieter Küpper, Messeallee 28, 45131 Essen
Tel. 570340; Mail: drdieterkuepper@gmail.com

ProAsyl Essen, Vorstand: Kathrin Richter, Friedrich-Ebertstr. 30, 45128 Essen,
Tel. 20539; Mail: kathrin.richter@proasylessen.de

**Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herrn Thomas Kufen
und an die Fraktionen der im Rat vertretenen Parteien
Freigabe für die Presse am 21.1.2016**

Stellungnahme zur Flächenplanung für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Runde Umwelt-Tisch Essen und ProAsyl Essen haben in gemeinsamer Beratung einige Eckpunkte für die Planung der Flüchtlingsunterbringung entwickelt. Aus unterschiedlichen Perspektiven – RUTE aus umweltpolitischer Sicht und ProAsyl aus sozialpolitischer Sicht und Perspektive der betroffenen Flüchtlinge - kommen wir zu gemeinsamen Einschätzungen. Wir bitten Sie als Oberbürgermeister, unsere Stimmen aus der Stadtgesellschaft in einer so wichtigen grundsätzlichen Frage ernst zu nehmen und keine überstürzten und langfristig fatalen Entscheidungen im Rat der Stadt zu treffen.

Folgende Eckdaten halten wir für besonders wichtig:

1. Wenn in einem Stadtteil feste Unterkünfte geplant werden, müssen diese die provisorischen Zeltstädte in dem gleichen Stadtteil ersetzen. Es sollte **keine Doppelbelastung** geben.
Die Stadtteile müssen möglichst gleichmäßig bei der Planung der Unterbringungsplätze berücksichtigt werden. Ihr Argument: „Wenn Flächen wegfallen, dann werden auf anderen größere Unterkünfte notwendig!“ wirkt zwar auf den ersten Blick logisch. Es darf aber nicht zur Grundlage weitreichender Entscheidungen gemacht werden. Andere Städte (z.B. Mülheim mit der erfolgreichen Belegung von Privatwohnungen, Bremen mit einer Nutzungsordnung für Wohnungsleerstände) zeigen, dass kreative Lösungen möglich sind.
2. Die möglichst **gerechte Verteilung der Flüchtlinge** im ganzen Stadtgebiet ist eine besonders dringende Aufgabe, die die Politik nicht geringschätzen darf. Bisher ist der soziale Frieden in der Stadt bis auf wenige kleinere Vorfälle erhalten geblieben. Bei den ganz aktuellen Überlegungen der Verwaltung zu den Großstandorten sind die nördlichen Stadtteile erheblich mehr betroffen als der Süden der Stadt (Katernberg: am Handwerkerpark: 500 Plätze; Altenessen-Süd: Standort des Zeltorfes Erbslöhstraße 400 Plätze, in Reichweite dann Hövelstraße: 800 Plätze, dazu Hülsenbruchstraße: 200 Plätze; Altenessen-Nord: Nordsternstraße: 600 Plätze.). Stadtteile, die schon heute mit besonderen Aufgaben als belastete Stadtteile beschäftigt sind, werden mit solchen

Plänen Integrationsleistungen auferlegt, die nicht ohne weiteres zu schaffen sind. Um einen Überblick über die Verteilung sämtlicher Unterbringungsplätze zu erhalten, halten wir eine Bestandsaufnahme für sehr wichtig. Auch im Essener Süden sind jetzt schon viele Flüchtlinge in unterschiedlicher Form untergebracht.

3. **Viele kleinere überschaubare Standorte** mit einer Größe unter 2 ha sind zu bevorzugen. Die Auswahl von möglichen Standorten war bisher unnötig eingengt durch die von der Verwaltung geforderte Mindestgröße von 2 ha. Dabei ist die Erschließung der meisten vorgeschlagenen Flächen sehr kostspielig und die Besitzverhältnisse erlauben keine zeitnahe Umsetzung.

Außerdem bergen Massenunterkünfte mehr soziale Konflikte innerhalb der Einrichtung und gegenüber dem Umfeld und machen zusätzliches Sicherheitspersonal erforderlich. Perspektivisch sind kleinere Einheiten (wie die jetzt teilweise von der Verwaltung geplanten Module ab 75 Plätzen) förderlicher für die Integration als Großunterkünfte. Das gilt auch für eine zeitlich befristete Unterbringung in festen Unterkünften.

Verantwortliche Planung muss nicht nur die Kosten für die Errichtung der Unterkünfte und die bauliche Infrastruktur berücksichtigen, sondern mit gleicher Sorgfalt die längerfristigen Folgekosten für die Integration der Flüchtlinge betrachten. Dann wird das Kostenargument (langfristige Infrastruktur: Schulplätze, KiTa-Plätze, Freizeitgestaltung, Sicherheitsaspekte) ganz neu zu prüfen sein.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass Flüchtlingsunterkünfte mit mehr als etwa 200 Personen Gettobildung fördern.

Hinzu kommt, dass mit vielen kleineren Unterkünften, die im gesamten Stadtgebiet verteilt sind, die Akzeptanz bei der Nachbarschaft und der ansässigen Wohnbevölkerung eher erreicht wird als bei großen, gettoartigen Siedlungen.

4. Die **Anmietung privater Liegenschaften (leerstehende Wohnungen etc.)** ist gegenüber Großunterkünften zu bevorzugen. Mit diesem wichtigen Schritt lassen sich einige hundert, wahrscheinlich sogar deutlich mehr Flüchtlinge (vgl. Wuppertal und Mülheim) landschaftsschonend und sozialverträglich unterbringen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Unterbringung die längerfristige Integration besonders fördert.

Wir halten eine schrittweise Lösung des Unterbringungsproblems für angemessen. Eine Entscheidung für die Unterbringung von ca. 6.000 Menschen durch den Rat ist nicht im Paket zu treffen. Ein breiter Konsens in der Bevölkerung wird für die zukünftige Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung sein. Unstrittige Standorte können ab sofort realisiert werden, aber immer verbunden mit der Zusicherung einer möglichst gerechten Verteilung im Stadtgebiet.

Gerne sind wir auch zum Gespräch über unsere Einschätzungen und Eckdaten bereit.

Essen, im Januar 2016

Dr. Dieter Küpper - RUTE (Runder Umwelt-Tisch Essen)
Kathrin Richter – Vorsitzende von ProAsyl Essen